



12. November 2025

Postulat

von Luca Maggi (Grüne),
Tanja Maag (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen, wie die Stadtpolizei Zürich den Einsatz von personellen Ressourcen an wiederkehrenden Grossveranstaltungen (z.B. Sechseläuten, Knabenschiessen, Konzerte, Sportanlässe, etc.) und Demonstrationen dauerhaft senken kann. Dem Gemeinderat ist sowohl über die Eckwerte des Pilotprojekts als auch über die Erkenntnisse Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die Stadtpolizei Zürich klagt seit mehreren Jahren über Personalmangel, Überstunden sowie zu viele Wochenendeinsätze. Die Polizeiführung hat deshalb entschieden im Zeitraum zwischen 2022 und 2030 insgesamt 152 zusätzliche Vollzeitstellen beim Gemeinderat zu beantragen. Dies wurde dem Gemeinderat mittels zusammen mit der Weisung 2022/21 veröffentlichten Berichts begründet und entsprechend budgetiert. In den Budgets für die Jahre 2023 (8 von 17), 2024 (9 von 17) und 2025 (8 von 17) wurde vom Gemeinderat jeweils die Hälfte der jährlich beantragten Stellen bewilligt.

Dennoch gelingt es der Stadtpolizei nicht, die vom Gemeinderat im Grundbestand jährlich bewilligten sowie die zusätzlich gesprochenen Polizeistellen zu besetzen. Im letzten Jahr waren rund 73 bereits bewilligte Stellen bei der Stadtpolizei unbesetzt.

Es ist unbestritten, dass auch Polizist*innen Anspruch auf ausreichend freie Wochenende sowie eine (Teil-)Kompensation von Überstunden durch Freizeit von gleicher Dauer haben müssen. Da auch polizeiliche Ressourcen endlich sind, ist es im Interesse aller Beteiligten, dass planbare und wiederkehrende Grossveranstaltungen in naher Zukunft mit weniger personellen Polizeiressourcen durchgeführt werden können.

Aus diesem Grund soll die Polizeiführung im Rahmen eines Pilotprojekts prüfen, unter welchen Bedingungen und an welchen Veranstaltungen der Personaleinsatz reduziert werden kann. Das vorliegende Postulat soll demnach der Einsatzleitung auch als politische Legitimation für eine entsprechende Reduktion von personellen Ressourcen dienen.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit Weisung 2025/391 (Budgetvorlage 2026)